

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 02.01.2018

Von Sofian Philip Naceur

08.01.2018

Angespannte Lage

Ägypten gelingt es trotz Militäreinsätzen nicht, den Nordsinai zu befrieden



Gesicherte Grenzanlagen: Ein palästinensischer Posten in der Nähe von Rafah (8.10.2017)

Foto: Ibraheem Abu Mustafa/REUTERS

Die jahrzehntelang vernachlässigte Provinz an der Grenze zum palästinensischen Gazastreifen zählt zu den ärmsten und am schlechtesten entwickelten Regionen Ägyptens. Während der Südsinai rund um den Urlaubermagnet Scharm Al-Scheich an die Spitze der Tourismusindustrie aufstieg, blieb der Nordsinai marginalisiert. Die hier lebenden

Beduinen und die Zentralregierung begegnen einander bis heute mit Misstrauen. Angehörige der Volksgruppe dienen nicht in der Armee und werden vom Staat nicht als vollwertige Bürger anerkannt.

Kairo verfügt nur über eingeschränkte Souveränität im Sinai, die Halbinsel wurde im Zuge des Friedensabkommens mit Israel weitgehend demilitarisiert. Die Abwesenheit begünstigt die Ausbreitung einer Miliz, die sich dem »Islamischen Staat« anschloss und seither eine Reihe Anschläge verübte. Ägyptens Armee lanciert im Sinai zwar immer wieder Militäroffensiven, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Meist verübt die Miliz Angriffe auf Einsatzkräfte, im November bekannte sie sich zudem zu dem Anschlag auf eine Moschee in Bir Al-Abd, bei dem 311 Menschen getötet wurden.

Die Regierung instrumentalisiert derweil die fragile Sicherheitslage für Kollektivbestrafungen der Zivilbevölkerung. Das Abreißen von Häusern mutmaßlicher Terroristen gehört im Nordsinai ebenso zum Alltag wie der Ausnahmezustand, Ausgangssperren und Schießereien. Die Regierung will zudem mit der Errichtung einer fünf Kilometer breiten Pufferzone an der Grenze zum Gazastreifen die Tunnelwirtschaft austrocknen. Im Zuge dessen wird die Grenzstadt Rafah fast vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Auf einer Breite von 1,5 Kilometern steht hier schon heute kein Baum mehr. Entschädigungen werden nur für Gebäude entrichtet, nicht aber für Landbesitz. Damit verlieren vor allem von der Landwirtschaft lebende Beduinen ihre Lebensgrundlage.

Die Regierung, die bereits die Zivil- und Strafgerichte aus Stadt Al-Arisch in die Suezkanalzone verlegen ließ, plant angeblich, zudem eine neue Provinzhauptstadt errichten zu wollen. Im Dezember kündigte Kairo an, bis 2021 rund 4,7 Milliarden US-Dollar in die Entwicklung von Bir Al-Abd zu investieren.